

Königlich privilegierte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung und Provinzial-Anzeiger erscheint täglich, Vormittags 11 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Alle resp. Postämter nehmen Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis
pro Quartal
25 Silbergroschen,
in allen Provinzen
der Preußischen Monarchie
1 Thlr. 1 1/4 sgr.

Expedition:
Krautmarkt № 1053.

Im Verlage von Herm. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. H. G. Effenbart.

No. 59. Montag, den 11. März 1850.

Deutschland.

Stettin. Die Politik, welche Preußen nicht allein seit 1815, sondern auch seit 1848 beobachtete, können wir gewiß richtig als eine Friedenspolitik bezeichnen, wie sie nicht allein in der Idee eines christlichen Staates, welchem Ideal Preußen sich wohl mehr als irgend ein anderer Staat zu nähern suchte, lag, sondern auch in dem christlichen, friedliebenden Gemüthe unsers jetzigen und des seligen Königs, wie in der näheren Umgebung Beider ihre Quelle hatte. Von 1815 bis 1848 hat Preußen keine Waffenstatthaft aufzuweisen. Alle erschütternden Bewegungen in Frankreich, Polen und Deutschland 1830 sind fast spurlos an Preußen vorübergegangen, und hatten nur eine Art bewaffneten Friedens zur Folge und eine Besetzung der östlichen Grenzen. Es verbandte diesen unangefochtenen Frieden seiner inneren Organisation und seiner gefürchteten Militärmacht, deren bloßes Dasein Gewicht genug in die Schale legte, um der Schale des Auslandes das Gegengewicht zu halten. So sehr diese Stellung zu billigen war, die uns einen 33jährigen Frieden mit allen seinen Segnungen sicherte; so war es doch weder möglich, noch gutgethan, auch noch da den Dingen stecken zu lassen, als nicht blos nach außen, sondern auch im Innern die Welt aus den Fugen kam, als wie ein diabolisches Feuer der Weltbrand über Europa flog und selbst die Residenz der Hohenzollern erfaßte. Da fand sich Preußen genötigt, das Schwert zu ziehen, zuerst in den Straßen Berlins, sodann in Schleswig zweimal, in Dresden und Baden. Der Erfolg war günstig, aber doch weder in Berlin, noch in Schleswig von der Art, daß eine durchgreifende Hilfe erfolgt wäre. Unsere Friedenspolitik ließ es nicht zu, die Aufrührer und Verschwörer in der Residenz zu vernichten; man besiegte sie, aber man räumte ihnen das Feld, man schenkte die Anwendung von Kanonen, man überließ einer nun doch vor aller Welt total compromittirten Bürgerwehr die ganze Wirtschaft, man schickte die Truppen nach Schleswig und suchte im Innern allmählig friedlich in Ordnung zu kommen. General Wrangel zog im November in Berlin ein, trieb die souveräne Nationalversammlung auseinander, beruhigte die Stadt, ohne einen Schuß zu thun, ein unblutiger Sieg, den ihm die Nation nie genug danken kann, dadurch er allein einen zweiten Bürgerkampf vermied. Der Erfolg hat gezeigt, daß diese Friedenspolitik eben damals gut angebracht war. Aber war sie es auch in Schleswig, war sie es in Betreff Frankfurts, das den ganzen unseligen Zustand Deutschlands mit seinen Machtprüchen verlängerte? In Dresden, in die Pfalz, in Baden rückte Preußen mit Kraft und Entschiedenheit ein, griff die Empörer mit Entschlossenheit ungesäumt an, und der Erfolg war glänzend. Dahingegen zogen wir den Krieg mit Dänemark und die verderbliche Blockade wie eine schimpische Kette am Fuße, wie angezündet könnten wir nicht vor-, noch rückwärts, und noch heute geht es uns, wie dem Thier in des Löwen Höhle, wir konnten wohl hineinfinden, aber nicht heraus. Wir fingen den Krieg mit Dänemark an um des deutschen Interesses Schleswigs willen, wir drangen siegreich in Jütland ein, konnten es ganz besiegen, den Dänen auf seine Inseln beschränken; doch um des preußischen und des christlichen Interesses willen schaute die Friedenspolitik das preußische Heer und Dänemark, und begnügte sich zweimal mit einem ungünstigen Waffenstillstand, der nur die Einleitung zu einem neuen Kriege war. Lag es im Genius der Zeit oder was es sonst war, man wagte einmal in dieser Sache keinen entscheidenden Schritt, aus Furcht, Skandinavien, Rußland, England oder wen sonst gegen sich aufzubringen und Europa in Kriegsbrand zu setzen. Man schaute sich, mit einem Heere einen Kampf durchzuführen, dem sich kein anderes an die Seite stellen konnte. Nie hätte Friedrich der Große Schlesien erobert, nie den Grundstein zu Preußens Größe gelegt, wenn er auch nur einer solchen Friedenspolitik gefolgt wäre. Ohne Zweifel hätte der alte Fritz den Weg nach Seeland und Kopenhagen gefunden und hätte mehr als eine Waffenstillstandsfrist nach Hause gebracht. Man sage nicht, es ging nicht. Es ging, es mußte gehen, eine Landung, eine Aufhebung der Blockade mußte wenigstens versucht werden, und wenn Beides mißlang, so mußte es nochmals versucht werden. Was haben nicht die Engländer, die Holländer, die Griechen alter und neuer Zeit gegen große Übermacht zur See versucht, und es ist gegangen. Im Jahre 1814 meinte man auch, ein Einfall in Frankreich ginge nicht. Blücher führte ihn dennoch aus, und es ging. Ein Blücher an der Spitze unsers Heeres wäre auch nach Dänemark gegangen. Für Preußens Heer war es nur ein leichter Ruhm, Jütland zu besiegen und dann zu Hause als Held gefeiert zu werden. Es ist nicht wohlgethan, hier das Blut tropfenweise zu sparen, um es sich anderswo tonnenweise abzapfen zu lassen. So ist es uns mit den dänischen Blockaden und Waffenstillständen ergangen. Zwei Jahre lang werden von patriotischen Männern an den Küsten der Ostsee Vorschläge gemacht, Opfer angeboten, Versuche erbeten, den Feind im Nest anzufassen.

Die Friedenspolitik dankt, prüft nicht, sondern sucht diplomatisch den gordischen Knoten zu lösen. Der Krieg in Schleswig mußte nicht angefangen werden, oder man mußte auf Mittel finnen, und mußte sie versuchen, auf die Inseln zu kommen, um den Dänen zu enttäuschen, daß er sich nicht auf seine Flotte, darauf er so stolz ist, verlassen kann. Wenn jemand, vielleicht ein Marinemann, der sich selbst "Unverständ" unterschreibt, durch die Armut seines Witzes einen praktischen Vorschlag verspotten will, so hat er damit nichts gezeigt, als seinen Unverständ. Noch hat unsre Marine nichts geleistet. Angesichts ihrer haben die Dänen unsre Küstenfahrer ungestraft gefreiblutet; den Kampf mit der "Croix" mußte der Adler schleunigst aufgeben, wenn nun auch die Angst eines Tages den darauf befindlichen für ein Dienstjahr angerechnet wird.

Es ist aber nicht möglich, in einer Welt voll kriegerischer Elemente mit der Friedenspolitik immer durchzukommen. Wir haben es auch geschehen lassen aus Friedensliebe, freilich zu einer Zeit, wo Berge zu übersteigen waren, daß Neufchatel sich lossagte. Man kann und wird jetzt diesen Schimpf sich nicht gefallen lassen, man wird nöthigenfalls handeln, einen Kampf entzünden. Frieden, Waffenstillstände sind oftmaß die Keime neuer Kriege gewesen. Auch die Friedenspolitik hat wie Alles ihre Zeit.

Es ist edel, es ist Pflicht, soviel als möglich die christliche Idee auch im Staate vorwalten zu lassen, aber immer zu bedenken, daß der Staat noch ein weltliches Institut ist, daß er umgeben ist von andern verweltlichen Staaten, daß alle Staaten von weltlichen Elementen durchdrungen sind, und daß daher auch unser Staat mehr und öfter den Standpunkt des Gesetzes, als den des Evangeliums, den Standpunkt des Rechts, als den der Liebe einzunehmen hat; sonst entstehen halbe Maßregeln, die ganze Uebel nach sich ziehen. Tapferkeit ist auch eine christliche Tugend, und die Obrigkeit trägt das Schwert nicht umsonst. Liebe gelte da, wo sie angebracht ist. Aber der feindlichen Welt gegenüber muß der Staat die eiserne Stirn, die gepanzerte Brust, die drohende Faust zeigen. Das ist unsere Meinung: Ein ganzer Friede oder ein ganzer Krieg!

Berlin, 9. März. Nach der L. C. soll im April ein Fürsten-Congress im großdeutschen Sinne in Dresden zu erwarten sein. Eine persönliche Zusammenkunft des jugendlichen Kaisers von Österreich mit den Königen von Baiern, Hannover und Sachsen soll der großdeutschen Sache den nothwendigen Glanz verleihen.

Dem Personal des Generalstabes unserer Armee steht, wie es scheint, eine Verstärkung bevor. In der That scheint bei der gegenwärtigen Organisation der Armee die Zahl der Generalstabs-Offiziere allzu gering. Der Generalstab der französischen Armee besteht aus 520 Offizieren mit Einschluß der Adjutantur, der Generalstab der russischen Armee wird mit Ausschluß der Adjutantur auf 309 Offiziere angegeben. In Preußen bilden den Generalstab 13 Stabsoffiziere als Chefs, und von diesen stehen 10 bei den 9 General-Commandos und der General-Inspektion der Artillerie, 3 als Abtheilungs-Direktoren bei dem großen Generalstabe. Im Uebrigen gehören zum Generalstabe noch 14 Stabsoffiziere, 15 Hauptleute und 2 Premier-Lieutenants. Im Ganzen bilden also nicht mehr als 44 Offiziere den preußischen Generalstab, da 6 zur Dienstleistung beim Generalstabe abkommandierte Lieutenants nur eine Bulage à 72 Thlr. beziehen, ihr Gehalt aber bei den Truppenteilen erhalten, von welchen sie kommandirt sind. (B. 3.)

Berlin, 9. März. Die Schlesische Zeitung theilt den von Wien aus ihr zugegangenen wortgetrennen Inhalt des sogenannten "Viertönigsbündnisses" mit. Derselbe wird dazu dienen, die ins Besondere von der Augsburger Allgemeine Zeitung, ob geschriftlich oder nicht, wollen wir nicht untersuchen, verbreiteten Unrichtigkeiten zu beseitigen. Darunter gehört namentlich die Versicherung, welche offenbar als Vorspeise nach einer gewissen Seite hin dienen könnte, daß in dem Vertrage in einem eigenen Artikel die deutschen Grundrechte garantirt seien. Dies ist mit keiner Silbe in der Uebereinigung geschehen.

Es genügt ein Blick auf die "Uebereinigung", um zu erkennen, daß dieselbe nichts ist, als eine Rechabilisierung der alten Zustände der früheren Bundesverfassung mit einer angedeuteten Mediatisierung der kleineren Staaten und Beförderung einer Gruppierung in sieben Kreise, wie sie Österreich in der Note vom 9. März 1849 vorschlug. Der Bundestag wird von 7 Bevollmächtigten gebildet, welche wie früher nach Institutionen ihrer Staatsregierung handeln. Diese im Falle eines Mangels einzuholen, stellt ihnen die Geschäftsordnung eine billige Frist. Die sogenannte Nationalvertretung besteht (ganz nach dem österreichischen Vorschlage vom 9. März) aus Delegationen der Ständeversammlungen, wobei mit Umge-

hung von Verhältnissen, die durch rechtsgültige Bundesbeschlüsse bereits geregelt sind, es offen gelassen wird, ob Preußen und Österreich mit ihren Gesamtstaaten dem Bunde beitreten oder nicht. — Während den beiden Hessen ein Bevollmächtigter unter den 7 Bevollmächtigten des neuen Bundesstages zugesagt ist, ist die Vertretung Badens, eines Staates, der allein die Bevölkerung und den Umfang dieser beiden Staaten erreicht, nicht einmal erwähnt. Was um so mehr auffallen muss, als gerade die Verührung dieser im Vordergrunde liegenden Frage nur absichtlich vermieden werden konnte; die Deutungen liegen nahe, welchen ein solches Verfahren unterliegen muss. (D. Ref.)

Berlin, 10. März. Die schleswigsche Angelegenheit ist in ein neues Stadium getreten. Der Adjutant Sr. Majestät General von Rauch ist nach Schleswig abgegangen, um die Herzogthümer von jedem eigenmächtigen militärischen Handeln gegen Dänemark abzuhalten. In diesem Falle ist Hr. v. Rauch sogar, dem Vernehmen nach, beauftragt, mit dem Rückziehen der preußischen Truppen zu drohen. Exekutionen auf Befehl der Landesverwaltung durch preußische Truppen werden für die nächste Zeit nicht mehr erfolgen. — Uebrigens ist Hr. v. Rauch mit sehr ausgedehnter Vollmacht versehen. — Versichert wird, daß diese neueste Maßregel eine Folge des gegenwärtigen Standes der Verhandlungen mit Dänemark sei, welche im Augenblick zur Hoffnung auf günstigere Resultate als bisher berechtigen sollen. Nach den Berichten aus den Herzogthümern sollen die Feindseligkeiten dem Ausbruch sehr nahe sein und Schweden und Norwegen bereits Befehl erhalten haben sich zurückzuziehen. Die Stärke der dänischen Armee wird auf 36 Bataillone und 12 Kavallerie-Regimenter angegeben. Die Infanterie der Herzogthümer ist von ungefähr der nämlichen Stärke. Schlechter ist es mit ihrer Kavallerie bestellt, — ein Umstand, der indeß nicht von Erheblichkeit ist, da das Terrain die Anwendung dieser Waffenart ohnedies nicht begünstigt. General Hahn hat bereits Befehl erhalten, sich auf Kiel zurückzuziehen.

— Das Gerücht, das allgemein verbreitet war, behauptete, die schleswigsche Armee sei bereits in Schleswig eingefallen und habe die Dänen, welche inzwischen eingerückt waren, vertrieben. In Folge hiervon habe General v. Rauch den Auftrag, die sämtlichen Preußischen Offiziere abzuberufen.

— An dem vorgestrigen Bahnhof nach Hamburg sprang vor Wittenberge ein Rohr am Kessel. Der Zug blieb stehen und es mußte erst eine Lokomotive von Wittenberge signalisiert werden. Als dieselbe angehängt war und der Zug sich nun rascher in Bewegung setzte, um die verlorne Zeit einzuholen, wollte an einer Passage noch ein Knabe auf einem Leiterwagen die Bahn überfahren. Das vorgespannte Pferd schaute sich, bog rechts um und lief gerade der Lokomotive entgegen. Das Signal des Zugführers veranlaßte die Passagiere, aus den Wagons zu sehen und man erblickte noch, wie der Knabe rasch vom Wagen sprang und glücklicher Weise unversehrt blieb. Dem Pferde wurde der Kopf abgerissen und der Körper gräßlich zerrissen mit dem zerschmetterten Wagen zur Seite geworfen, ohne daß dem Bahnhof ein weiteres Unglück passierte.

— In Königsberg hat sich die demokratische Partei für die Beteiligung an den Wahlen erklärt, und aus Elbing wird berichtet, daß sich die dortige „Volkspartei“, „trotz des abmahnenden Artikels in Nr. 101 der Nat.-Btg. fest entschlossen habe“, diesmal wieder zur ersten Kammer zu wählen. (C. 3.)

Brandenburg, 7. März. Der große politische, auf Aufruhr und wiederholten Versuch des Mordes lautende Prozeß gegen 34 Rathenower Einwohner hat am 5ten d. Ms. vor dem hiesigen Schwurgerichtshofe begonnen, und wird die Verhandlung derselben, da gegen 60 Zeugen vernommen werden müssen, wohl zehn Tage in Anspruch nehmen. (Conse. 3.)

Königsberg, 4. März. Das nach unserer neulichen Mittheilung in die Gegend zwischen Löben und Osterode entsendete Truppen-Kommando, um den Thatbestand über eine Menge Diebstähle festzustellen und die Thäter zur Haft zu bringen, ist nach diesmaligen Nachrichten zum größten Theil wieder nach Osterode zurückgekehrt. Nur in einigen Dörfern ist geringe Mannschaft zurückgeblieben, um die Bewohner derselben gegen die Rache des Anhangs der Inhaftirten zu schützen, der durch Drohungen selbst der gewaltsamsten Art die bisher angestellten Untersuchungen erfolglos zu machen wußte, indem er jeglichen Bewohner dieser Gegend dadurch zurückschreckte, als Zeugen gegen ihn aufzutreten. In Folge der stattgefundenen Aufnahmen und Verhaftungen läßt sich übrigens mit Sicherheit annehmen, daß die bisher hier bestandene Verbindung zerrissen sein wird. (L. C.)

Inowraclaw, 3. März. In diesen Tagen hat man auf dem Hofe des hiesigen Kreisgerichts einen Galgen errichtet, an welchem man bis jetzt das Portrait eines Kaufmannes, Namens Moritz Zeig, bemerkte, der wegen betrügerischen Banquieritis flüchtig geworden und für ehrlos erklärt ist. Neben diesem werden in den nächsten Tagen noch zwei Portraits von Individuen derselben Couleur ihren Platz finden. (P. 3.)

Breslau, 7. März. Wir nehmen ein neues Friedenszeichen wahr. Die Stamm-Kompanien der Landwehr werden, wie es heißt, von 200 auf 100 Mann reduziert werden. (Br. 3.)

Hannover, 7. März. In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer machte bei Gelegenheit eines Antrags auf baldige Vorlegung eines Civilgesetzbuchs Minister Stüve die nachstehenden merkwürdigen Auseinandersetzungen: „Es müsse bedenklich erscheinen, für ein so kleines Land, wie Hannover, ein solches Gesetzbuch zu geben. Eines Theils seien wohl kaum die Kräfte dazu im Lande vorhanden, anderen Theils würde dadurch ein Zwang der Wissenschaft eingeführt werden, da keine andere Universität als die des Landes diese Gesetzgebung kultiviren würde. Nur eine allgemeine Gesetzgebung für ganz Deutschland kann den Rechtszustand bessern. Ich gestehe zu, daß vor zwei Jahren der Zeitpunkt dazu viel günstiger war als jetzt, wenn man es nur verstanden hätte, die Zeit zu benennen. Der gegenwärtige Augenblick ist nicht so günstig. Es ist schon gestern die Rede davon gewesen, daß die Regierung von dem Bestreben, einen Theil von Deutschland zu einigen, zurückgetreten sei; die Regierung hat dieses für ihre Pflicht gehalten. Jetzt ist der Zeitpunkt eingetreten, wo nach den früheren Verhältnissen zurückzuföhren und von da aus neu zu ordnen ist. Gehen wir hiervon ab, so bleibt uns keine Hoffnung auf irgend ein erwünschtes Ziel übrig. Halten wir diese aber fest und gewinnen eine größere Anzahl deutscher Staaten, so dürfen wir einen günstigen Erfolg er-

warten, und gerade jetzt liegt die Hoffnung nicht so fern, als man gewöhnlich glaubt, denn auch da, wo man die Hoffnung so fern glaubte, sind Schritte geschehen, welche die Hoffnung neu beleben.“ (D. N.)

Hannover, 7. März. Die Btg. f. N.-D. schreibt: Was wird glaubwürdig versichert, daß der hiesige preußische Gesandte, Hr. v. Bülow, heute Morgen abberufen worden ist.

Kassel, 5. März. In der heutigen Sitzung der Stände-Versammlung waren der Ministerial- und der Sitz der Landtags-Kommission leer; am Tisch der Regierungs-Kommission befand sich Herr Hauptmann von Meyerfeld. Der Präsident verkündigt folgenden Antrag des Herrn Rauh: „Sofort und mit Aussetzung aller anderen Berathungen den Rechts-Ausschuß benehmlich mit dem Verfassungs-Ausschuß zu beauftragen, über Mittel und Wege zu berathen, wie der Widerstand des Ministers Hassensprung gegen die Insinuation des ständischen Beschlusses vom 26ten v. M. zu brechen sei.“ Herr Hildebrand ersucht den Antragsteller, mit der Begründung dieses Antrages bis zur Berichterstattung des Verfassungs-Ausschusses über das Programm und die Mittheilung des Landtags-Kommissars zu warten. Herr Rauh werde dann sicher den Antrag zurückziehen. Herr Rauh will auf diesen Vorschlag nicht eingehen, da, wie er höre, der Verfassungs-Ausschuß ein zweites Misstrauensvotum wolle, während das erste noch nicht an Ort und Stelle gelangt, also noch nicht effektuiert sei. Es heiße, was sich nicht in den Akten befindet, sei nicht in der Welt, darum sei auch für Herrn Hassensprung das Misstrauensvotum nicht vorhanden. Die Nichtannahme des ständischen Beschlusses sei aber Hochverrat, eine Verachtung gegen die Ständeversammlung und das Volk, das durfe man sich nicht gefallen lassen, man müsse einen solchen Minister fordern. Herr Wolf, obwohl nicht mit allen Ausdrücken einverstanden, theilt diese Ansicht. Wohin würde das führen, wenn die Regierung die Annahme ständischer Beschlüsse verweigern würde? Man könne nicht forttagen, bis diese Frage gelöst sei, und Mittel gefunden seien, die Beschlüsse dahin zu schaffen, wohin sie gehören. Herr Pfeiffer II.: Der Antrag des Herrn Rauh betreffe keinen selbstständigen Gegenstand, er möge damit warten, bis der Verfassungs-Ausschuß berichtet habe und denselben dann als Amendement stellen. Herr Rauh: Der Zweck seines Antrages werde vollkommen verkannt. Er bitte den Präsidenten, die Begründung desselben zu verlesen. Der Präsident entspricht dieser Bitte.

Herr Wolf: Die Sache sei so wichtig, daß es auf einen Zeitraum von 24 Stunden nicht ankomme. Man möge in einer morgenden Sitzung forberathen. Herr Theobald: Das Bedenklichste bei der Sache sei, daß zwei Staatsgewalten einander gegenüberständen. Lasse die Stände-Versammlung sich in dieser Weise desavouiren, so gebe sie alles Recht aus den Händen, und die weiteren Schritte des Ministeriums würden nur Konsequenzen des ersten Schrittes sein, später werde man vergeblich auf Begründung resurririerte. Er sei daher fortwährend für energische Maßregeln; es liege ein Präjudizialpunkt vor, und so unangenehm es sei, gerade hier bei den Kampf zu eröffnen, so sei man dieses doch dem Lande schuldig. Er hätte gewünscht, daß Herr Rauh seinen Antrag als letztes Mittel aufbewahrt hätte, allein, einmal gestellt, unterstüze er ihn, die Sache werde ohnedies darauf hinauskommen. Herr Rauh: In der Erklärung der Landtags-Kommission liege der Sinn, daß die Regierung sich um dergleichen ständische Beschlüsse nicht kümmere; man müsse diesen so unbedacht hinwegschenken. Es sei ein geringfügiger Gegenstand, allein der Fuchs werde mitunter in einer kleinen Schlinge gefangen. Man habe es nicht mit dem Privatmann, sondern mit dem Manne zu thun, der an der Spitze der Regierungs-Geschäfte stehe, der auf das, was das Volk mühsam errungen, mit Hohn herablicke. Gegen einen solchen Mann müsse man wie ein Phalanx stehen. Herr Cöster theilt die Ansicht des Herrn Rauh, glaubt aber, daß dieser Gegenstand bei der Berathung über das Programm seine Erledigung finden werde. Er beantragt, den Verfassungs-Ausschuß aufzufordern, über das Programm und die ablehnende Erklärung der Landtags-Kommission baldigst zu berichten. Herr Pfeiffer II.: Er sei damit beauftragt und könne augenblicklich berichten.

Herr Eberhard: Die Stände-Versammlung sei berechtigt und verpflichtet, ihre verfassungsmäßigen Rechte zu wahren; die Gießstellung ihrer Thätigkeit sei aber nicht gerathen, dadurch würde das Land in unsägliche Verwirrungen kommen. Man möge erst den Bericht des Ausschusses anhören. Herr Rauh: Er beabsichtige keine alsbaldige Abstimmung, sondern nur eine Berathung des Ausschusses zur Auffindung der einzuschlagenden Wege und Mittel. Das Programm komme bei dieser Frage nicht in Betracht. Der Herr Minister möge sich erklären, was er mit der Nichtannahme sagen wolle. Herr Wolf: Bei den Folgen einer Siftung der ständischen Thätigkeit komme es nur darauf an, wer die Schuld trage. Herr Rauh vermag das Gefährliche einer Siftung nicht einzusehen; aus solchem Zwiepsalt könnten doch keine Früchte erwachsen. Ehe man mit dem Ministerium ins Neue gekommen, seien die Geschäfte nicht fortzusetzen. Ob man das Misstrauensvotum dem Minister zur Thür hereinbringe oder durch die Stadtpost schicke, darüber habe er noch nicht nachgedacht, genug, es gebe Mittel, ihm dasselbe einzuhändigen; ob er es lese oder nicht, sei gleichgültig. Herr Bayerhofer würde Herrn Rauh bestimmen, wenn die Sache nicht überhaupt an einen Ausschuß verwiesen wäre. Die Stände-Versammlung habe in Beziehung auf die Vergangenheit des Ministers ein Misstrauensvotum abgegeben, das dem Lande, den Ministern und dem Kurfürsten bekannt geworden sei. Das Ministerium habe in dem Programm seine Zukunft hingestellt.

Der Präsident: Wer die Wünsche des Volkes dem Fürsten vorenthält, verleihe freilich die Pflichten gegen das Vaterland und zeige sich unfähig zu seinem Beruf. Die Stände-Versammlung sei auch stets befugt, den Minister an seine Pflichten zu erinnern und jeder Schritt dagegen sei ein neues Verbrechen. Nach der jetzigen Lage der Sache müsse aber der Ausschuß gehört werden. Wenn die Anträge derselben nicht genug erschienen, stehe es dann frei, dieselben zu verstärken. Herr Rauh wollte nun seinen Antrag einstweilen aussetzen.

Herr Pfeiffer II. erstattete nunmehr den Bericht des Verfassungs-Ausschusses über die Mittheilung des Landtags-Kommissars und das Programm des Ministeriums. In ersterer Beziehung ist der Ausschuß der Ansicht, daß solche Beschlüsse, welche die Volks-Vertretung öffentlich ausgesprochen hat, nicht der Mittheilung bedürfen. Das Ministerium und das Volk haben davon unmittelbar Kenntniß zu nehmen. Er beantragt schließlich: „Die Stände-Versammlung möge beschließen, daß durch das Programm das vorhandene Misstrauen nur verstärkt werde und daß sie

die Erwartung ausspreche, die Minister würden einen Platz aufgeben, den sie zum Wohle des Fürsten und des Vaterlandes nicht auszufüllen vermöchten."

Herr Bayrhoffer: Das einfachste sei, daß jeder hier erscheinende Landtags-Kommissar gefragt werde, ob er den Beschluß der Regierung amtlich mitgetheilt habe, oder nicht, um daran die weiteren Schritte zu knüpfen. Mit dem Ausschuß-Antrag ist er einverstanden, obwohl er von seinem Standpunkte aus dessen Motive nicht in Allemtheil können. Für ihn sei die Hauptache das Negiren der Volks-Souverainität. Er findet es fast komisch, daß jetzt noch Menschen dieses Prinzip, das Gegenheil vom Absolutismus, leugnen. Die Fürsten-Souverainität nach außen bestebe darin, daß der Fürst nach außen keinem untergeordnet sei; dieses Prinzip habe auch im deutschen Bunde in dem Erforderniß der Stimmen-Einhelligkeit, durch welches jeder Fürst ein absolutes Recht erhielt, Geltung gefunden. Diese Art von Souverainität bestehet aber nicht mehr, nachdem man von dem System des Staatenbandes auf das des Bundesstaates übergetreten; dieses werde von Allen festgehalten, der Streit sei nur über den Standpunkt und den Urfang des Bundesstaates. Die Fürsten-Souverainität nach innen sei aber nichts Anderes, als die Herrschaft des Willens eines Einzelnen über den Willen Aller. Die Folge davon sei Revolution. Wenn der Wille des Einzelnen sich den Bedürfnissen und Trieben der Gesamtheit widerseze, so sei am Ende seine Macht vergebens, und ein Sturm bringe, was, wenn der Einzelwille mit dem der Gesamtheit in Einklang stehe, sich auf dem Wege der Reform gestalte. Im ganzen Volke ruhe die Souverainität, jeder Theil, auch der Fürst, sei nur ein organisches Glied dieses Ganzen, und wenn derselbe dem Willen des Ganzen genügt, so entstehe Krankeit und jenes per se unorganische Treiben, wie man es zur Zeit des Bundes in Deutschland erlebt habe. Dem Misstrauens-Votum sei das Ministerium schon als ein Akt der Volks-Souverainität entgegentreten. Die Folgen davon würden sich bald in allen Sphären der Verwaltung ergeben; man werde die National-Versammlung als ein hochverrätherisches Unternehmen stempeln, Alles als eine revolutionäre Episode betrachten, selbst den einstimmigen Beschluß der Unversammlung werde man als durch Gewalt erzwungen wieder aufheben. Man werde die Zusage des Fürsten, nur Männer des allgemeinen Vertrauens zu seinen Rathgebern zu wählen, dabin deuten, daß sie für den damaligen Augenblick gegeben worden sei, oder sie sei abgezwungen worden; aber dann sei Alles abgezwungen, dann sei dem Volke auch der Absolutismus aufgezwungen, dann sei überhaupt in der weltgeschichtlichen Entwicklung Alles erzwungen. Man könne sich freilich mit Gewalt widersehen, man werde aber dann bald sich eine andere Gewalt entwickeln sehen; das Volk werde jede Sondermacht über Bord werfen. Gegen das, was das Programm über die deutsche Frage sage, würde er wenig zu erinnern haben, wenn nicht auch hier, dem Standpunkte der Volks-Souverainität entgegen, eine solche Einheit verheißen sei, die er noch entschiedener bekämpfen werde, als die, welche den Staatenbund erstrebt. Für ein solches ganzes Deutschland bedanke er sich. Er wolle ein ganzes und freies Deutschland, freilich für den Augenblick ohne Österreich, denn dieses habe durch seine Abschließung das Recht verloren, in Deutschland einzutreten. Er stimmt entschieden für den Ausschuß-Antrag.

Herr Theobald ist mit dem Endresultat des Ausschuß-Berichtes einverstanden, er erblickt darin einen Schritt zum endlichen Beschuß in dieser Sache.

Der Präsident sprach den Wunsch aus, daß ein einstimmiger Beschuß zu Stande komme. Das Programm enthalte in zwei Punkten bedeutende Begriffsverirrungen. Die Volksouverainität sei der Gegensatz des Absolutismus, das sei im constitutionellen England und auch in der Juli-Monarchie anerkannt gewesen und habe seine großartigste Verhüttung im deutschen Volke durch den Zusammentritt seiner Vertreter gefunden; die Volksouverainität habe dadurch ihre geschichtliche Geltung erlangt und sei ein für das Volk errungenes Gut. Eine zweite verkehrte Ansicht sei, als ob in der Revolution blos das Prinzip der Vereinigung liege; sie sei kein Staatsprinzip, aber sie sei das letzte verzweifelte Mittel, das heilige Recht der Völker, ihr Recht zu erlangen. Wo Rechte und Gesetze geehrt werden, da gebt es keine Revolutionen; sie würden auch nicht von Parteien gemacht, sie seien Schickungen der göttlichen Vorsehung, denen keine Macht der Erde widerstehen könne.

Die Diskussion wurde hiermit geschlossen. Der Ausschuß-Antrag mit dem Amendement des Abgeordneten Röster und die Mittheilung an das Gesamt-Ministerium wurden einstimmig angenommen. Herr Eberhard stimmte nicht mit. Herr Rauh erklärte hierauf, seinen Antrag beruhnen lassen zu wollen. Der Druck des Berichts und dessen weitere Verbreitung wurden ebenfalls beschlossen.

Kassel, 5. März. Des Herrn Ministers Hassenpflugs Reise nach Berlin, welche wir als bereits geschehen mittheilten, scheint sich verzögert zu haben. Herr Hassenpflug befand sich heute Morgen noch hier. Lebriengen lagen unserer Mittheilung glaubhafte Nachrichten und gewisse Wahrscheinlichkeiten zu Grunde, welche seitdem nur gewachsen sind.

Unterhalten wird es vielleicht, zu vernehmen, daß sich unter den diis minorum gentium auch der bekannte Jordansche Dränger, Polizeiwachtmeister Schmidt, vulgo Eisenhardt, bereits hier eingefunden hat.

(H.C.)

Karlsruhe, 6. März. Se. Königl. Hoheit der Großherzog hat heute in eigener Person die Ständeversammlung feierlich eröffnet. Nachdem in der Schlosskirche und katholischen Kirche der Feierlichkeit die religiöse Weihe gegeben worden war, begab sich Se. Königl. Hoheit, gefolgt von einer Eskorte badischer Dragoner, unter Glockengeläute und dem Donner baderischer Geschüze in das Ständehaus; die nach demselben führenden Straßen waren festlich mit Fahnen geschmückt und zu beiden Seiten bildete die Bürgerwehr Spalier. Auf dem Wege hin und zurück empfingen herzliche Lebhaftigkeit den Regenten; die Ständeversammlung selbst empfing ihn, wie Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin, die der Feierlichkeit beiwohnte, mit einstimmigem Lebhaftigkeit beim Kommen und Scheiden.

Der Wortlaut der Thronrede ist folgender:

"Edle Herren und liebe Freunde! Lief bewegt heiße Ich Sie willkommen in dieser ernsten Stunde. Möge sie der Anfang sein besserer Zeiten."

Traurig ist der Blick in die jüngste Vergangenheit. Das befriedigende Bild, das Ich, freudig ergripen von der Lage des Landes entwarf, als Ich vor zwei Jahren von dieser Stelle die Versammlung der Stände begrüßte, ist zertrümmert; die Hoffnungen, die Ich damals aussprach, sind

getäuscht, die Früchte jahrelanger Mühen dem Volke verloren, der Wohlstand und das Glück zahlreicher Familien erschüttert.

Das sind die Folgen des unseligen Aufruhrs, der durch alle Mittel der Bethörung lange vorbereitet, plötzlich mit betäubender Schnelligkeit überall Verwirrung ergoß.

Mit Schmerz und Widerstreben erwähne Ich, daß Männer — einst Mitglieder dieses Hauses und durch feierlichen Eid Mir zur Treue und der Landesverfassung zum Schutz noch besonders verpflichtet — die Hauer waren der Empörung. Eine hochverrätherische Versammlung führten sie in diese Räume, deren wir heute ihre Weihe wiedergeben.

Nur die mit der Gnade der Vorsehung schnell aufopfernd geleistete Hülfe bewährter Bundesgenossen — für die wir zu unvergänglichem Danke verpflichtet sind — hat dem Lande die Notwendigkeit erspart, den Kelch des Leidens bis zum Grunde zu leeren.

Auf den Thron meiner Väter zurückgekehrt, habe Ich dem Geseze wieder die Achtung verschafft und mit der geretteten Verfassung ein Banner errichtet, um das sich Alle schaaren sollen, die zu wirken bereit sind für des Vaterlandes Ehre und Wohlfahrt.

Was wir aber hierfür auch thun mögen, es ist in seinem Erfolg wesentlich bedingt durch glückliche Lösung der großen Verfassungsfrage, welche die Gemüther der Deutschen aller Stämme fort und fort in Aufregung erhält.

Der erste Versuch hierzu ist mißlungen. Aber ein zweiter Weg nach gleichem Ziele ist durch das Bündnis zwischen Preußen und einer Reihe anderer deutschen Staaten eröffnet. Ich bin dieser Vereinbarung beigetreten, treu Meinen stets bewährten Gesinnungen und mit dem festen Entschluß, so viel an Mir ist, mitzuwirken, daß dem lebhaft erwachten gerechten Selbstgefühl der Nation Genüge geschehe und Deutschland einig im Innern und stark nach Außen sei. Daz Ich dabei im Sinne des Landes handelte, konnte Mir, nach allen früheren Vorgängen, keinen Augenblick zweifelhaft sein. (Es folgen Andeutungen über die Gesetzesvorlagen.)

Leider ist der Zustand des Staatshaushaltes nicht günstig. Die Ereignisse der beiden vergessenen Jahre haben die Einnahmen sehr herabgedrückt, die Ausgaben ungewöhnlich gesteigert. Durch den letzten Aufruhr hat überdies der Staat an Geld und Geldeswert große Verluste erlitten. Auch in der nächsten Zukunft werden, aller thunlichen Einschränkungen ungeachtet, neben den ordentlichen, beträchtliche außerordentliche Ausgaben bestritten werden müssen.

Edle Herren und lieben Freunde! An meinem ernsten Willen, Alles zu thun, was unsere Zustände verbessern kann, werden Sie nicht zweifeln. Die alte Liebe zu Meinem Volke steht fest. Nur mit Schmerz erfüllt er mich, daß eine dreimalige Ablehnung zum Sturz des Thrones und der Verfassung, die Verschuldung unsäglichen Elendes und ungeheure Trost die Notwendigkeit herbeigeführt haben, der Strenge des Gesetzes ihren Lauf zu lassen. Die Gerechtigkeit ist das Fundament der Staaten, die Macht der Gesetze ihr Untergang. Dies im Auge zu haben als Regent ist Meine Pflicht; Mein Recht, das schönste der Krone, ist die Gnade. Gerne übe Ich sie gegen die Einzelnen, die sie reuevoll anrufen, wenn es nur immer vereinbar ist mit dem Ernst der Gerechtigkeit und der Fürsorge für die Gesamtheit.

Die Rede schließt:

Geben Sie dem Volke das schöne Beispiel der vorurtheilsfreien Maßigung, versöhnlichen Gesinnung und einträchtigen Thätigkeit unter Sich und mit der Regierung, auf dem Wege freier Verständigung, wahrer Vaterlandsliebe und fruchtbringenden Wirkens. Die Blicke des Vaterlandes sind auf Sie gerichtet. Daz Ihr Beginnen ihm zum Wohl und zur Ehre gereiche, dafür erschle ich den Segen des Allmächtigen." (Karls. Ztg.)

Stuttgart, 6. März. In der deutschen Kronik wurde in einer Correspondenz aus Heidelberg gesagt: "Der Chef der März-Regierung habe, während er sich noch im Amte befunden, in Beziehungen zu Umsturzmännern gestanden."

Hierauf erläutert Herr Römer heute eine Erklärung folgenden Inhalts: "Wenn unter dem Chef der März-Regierung ich gemeint sein soll, so fordere ich den Correspondenten der Deutschen Kronik auf, die Umsturzmänner zu bezeichnen, zu welchen ich in Beziehung gestanden haben soll, so wie diese Beziehungen näher anzugeben."

Würzburg, 5. März. Die „N. Würzb. Ztg.“ meldet Folgendes, das übrigens noch sehr der Bestätigung bedarf: "Eine heute hier angekommene Privat-Nachricht will wissen, daß Heubner, Röckel und Bakunin aus ihren Gefängnissen entkommen seien."

Bremen, 6. März. Die Weser-Zeitung enthält unter ihren Anzeigen folgende Erklärung: "Wir Unterzeichnete erklären recht- und pflichtgemäß die im Blatte Reform vom 5. d. vorkommende Angabe von einer Meuterei an Bord der Fregatte Eckendorf für eine schändliche Lüge. Unterzeichnete Augenzeugen können schwören, daß der Lieutenant Kindeling, der Nachstrommandirende, den Matrosen meuchelmörderischer Weise von hinten durch den Leib erschossen hat, ohne daß derselbe (denn er war gar nicht gegenwärtig vorher) auch nur ein Wort mit ihm gewechselt hatte. Die ganze Schiffsmannschaft kann solches Wort für Wort bezeugen. Die Unteroffiziere und Matrosen der Fregatte Eckendorf." (H.C.)

Von der Eider, 4. März. In Kiel ist mit Herrn Vollpracht fast gleichzeitig der Major Hartmann vom preußischen Generalstab angekommen. Die Sendung des Ersteren ist wenig beachtet worden. Dagegen wird die Ankunft des Major Hartmann für viel bedeutender gehalten. Es wird erzählt, daß in Kopenhagen in Folge eines so eben gehaltenen Ministerraths Dänemark nunmehr bestimmt beschlossen haben soll, den Waffenstillstand zu kündigen. Der dänische Reichstag hat einen Credit von 7 Mill. bewilligt, der kaum einen anderen Zweck haben kann; man sagt, daß er diese 7 Mill. von Russland empfangen und dafür Bornholm verpfändet habe. In der That hat das dänische Ministerium über die Anleihe selber durchaus nichts weiter mitgetheilt. Dagegen versichert man, daß England, im höchsten Grade eiferjüngst auf Russland, in diesem Falle sofort mit einer Flotte vor Kopenhagen erscheinen würde, und in der That wird England niemals zugeben, daß Russland auch nur einen Fußbreit Landes von Dänemark besesse. Es ist ferner gewiß, daß das gegenwärtige Ministerium in Kopenhagen die entschiedene Majorität des Reichstags für sich hat, und da dieses Ministerium wesentlich der Gesamtstaatspartei gehört, so ist an ein Nachgeben so ganz leicht nicht zu denken. Endlich leidet es keinen Zweifel, daß die Truppen auf Alsen verstärkt werden

und daß jetzt wirklich der Hafen von Eckernförde von dänischen Kriegsschiffen bewacht wird. Die Armee Schleswig-Holsteins ist marschfertig; sie kann in 3 Tagen schlagfertig jenseits der Eider stehen und sie wird nicht auf sich warten lassen. (H.C.)

Dänemark.

Kopenhagen, 5. März. Das Gesetz über die Statsanleihe ist im Volksthing mit 67 gegen 2 Stimmen in dritter Berathung angenommen.

— Nach dem „Abissalon“ soll ein preußischer Legationssekretär vor einigen Tagen mit Depeschen angekommen sein, die, wie man glaubt, den Vorschlag wegen Verlängerung des Waffenstillstandes angehen.

Kopenhagen, 6. März. Vor gestern kam hier ein russischer Courier an mit Depeschen an die hiesige russische Gesandtschaft. — Mag nun die Nachricht mit diesem Courier eingegangen sein, oder ist sie der hiesigen Regierung direkt aus Frankfurt von Herrn v. Bülow zugekommen, genug, die Nachricht ist hier eingetroffen, daß der jetzt von dem Kaiser von Russland bei der Bundes-Central-Kommission in Frankfurt accreditede Gesandte, Fürst Gortschakow, der Bundes-Kommission im Auftrage seines Souveräns eröffnet habe, sein Verbleiben in der Eigenschaft als Gesandter daselbst sei an die politische Bedingung geknüpft, daß die Bundes-Kommission sofort den Herrn v. Bülow als Gesandten Sr. Maj. des Königs von Dänemark als Herzogs von Holstein und Lauenburg offiziell empfange, und zweitens, den von Preußen mit Dänemark am 10. Juli a. p. abgeschlossenen Waffenstillstand anerkenne und dessen pünktliche und strenge Durchführung veranlaße. — Daß diese Nachricht durchaus mit der Wahrheit übereinstimme, wird hier in allen Kreisen und aus den sonst zuverlässigen Quellen versichert. (D.R.)

Niederlande.

Haag, 6. März. Prinzessin Marianne der Niederlande ist am 19ten Januar in Jerusalem angekommen.

Frankreich.

Paris, 5. März. Gestern ist ein junger Beamter der hiesigen Post, dem es gelungen war, in kurzer Zeit über 83,000 Franken aus mit Papiergeld charakterisierten Briefen zu entwenden, zu fünfjähriger Gefängnisstrafe und zehnjährigem Verlust seiner bürgerlichen Rechte verurtheilt worden.

— Von Toulon läuft die Nachricht ein, daß das 33ste Regiment, das zum Abmarsch aus Rom bereit war, der dort und auf dem platten Lande herrschenden Aufregung wegen Gegenbefehl erhalten habe. Die Meuchelmorde mehren sich dort, wie in Toscana. Man erwartet zum Frühjahr einen Ausbruch. Die österreichische Armee in Italien ist sehr auf ihrer Hut und stets marschfertig.

— Der Corsaire singt:

Willst du, daß Narrheit herrsche froh,
So wähle Flotte, Bidal und Carnot;
Willst nur Rebellen roth,
So wähle Carnot, Bidal und Flotte;
Willst du führen Frankreich in's Hospital,
So wähle Carnot, Flotte und Bidal.

Aber nicht blos der Corsaire malt das Portrait der Demokraten mit so scharfen Zügen. Sie erweisen sich auch unter einander diesen Dienst. So äußerte sich jüngst in einer Wahlversammlung der Radikale Abbe Chantôme über Girardin, wie folgt: „Die Seele dieses Menschen ist nicht in einem menschlichen Leib, sondern in einer Harlequin's-Jacke eingehüllt.“

— Ein Journal der Provinz behauptet, daß der Herzog Carl von Braunschweig „eine scandalöse Broschüre über das Leben Louis Napoleon Bonaparte“ vor seiner Erhebung zur Präsidenschaft geschrieben habe, die er, da in Paris sie Niemand drucken wollte, in London veröffentlicht werden.

Paris, 7. März. (Telegraph. Depesche der Confl. Zeitung.) Die Commission ist gegen Verfolgung des Michel von Bourges. In Rom sind mehrere Personen erschossen worden. In der National-Versammlung nichts Wichtiges.

— James von Rothchild hat dem Maire des elften Stadtbezirks ein Bon für 2000 Pfund Brod zur Vertheilung unter die Armen geschenkt.

— Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat verfügt, daß in Zukunft alle Konsuln und Konsular-Agenten, die, wie dies häufig zu geschehen pflegte, ohne Urlaub oder spezielle Ermächtigung in Paris verweilen, nach Ablauf eines Monats ohne Weiteres in Ruhestand versetzt werden sollen.

— Man liest im „Courrier français“: „Eine große nordische Macht, gerührt von den Verlegenheiten, in denen sich Pius IX. befindet, und von den Anforderungen, womit man ihn erwiesene oder noch zu erweisende Dienste bezahlen lassen will, hat durch Vermittelung Österreichs die Eröffnung machen lassen, daß alle katholische Mächte dem Papst finanziell oder militärisch zu Hilfe kommen und ihn so in seine geistliche und weltliche Machtvolkommenheit wieder einzusetzen möchten. Der Graf Butenief ist nach Rom gefommen, um alsbald mit dem General Baraguay d'Hilliers darüber Rücksprache zu nehmen.“

— Aus Avillars, im Tarn- und Garonne-Departement, berichtet man ein seltenes Beispiel politischer Leidenschaft. Ein nicht mehr ganz junger Mann dieses Ortes, der als ein fanatischer Anhänger Ledru Rollins bekannt war, hat in der Verzweiflung, seinen Helden jemals an die Regierung kommen zu sehen, seinem Leben auf eine schauderhafte Weise ein Ende gemacht. Nachdem er sich mit einem Rasirmesser den Bauch aufgeschlitzt, riß er sich die Gedärme heraus und stürzte tot zu Boden.

— Die italienische Oper wird nach dem Schlus der hiesigen Saison Vorstellungen in Dresden geben. Auch sind Unterhandlungen wegen Erfurt im Gange, wo wahrscheinlich während der Sitzungsperiode italienische Opernvorstellungen stattfinden werden.

Italien.

Rom, 27. Februar. Der Maurer Lorenzo Coscapera wurde wegen Verheimlichung verbotener Waffen verhaftet und zufolge der Bekanntmachung des französischen Generals en chef zum Tode verurtheilt. Der Delinquent wurde am 25. auf der Piazza del Pozzo erschossen. Auf dem

Wege zum Richtplatz ermahnte er die Anwesenden, keine verbotenen Waffen zu tragen, und bezeugte überhaupt große Reue. Die Mitglieder des Criminalgerichts hatten gegen die Hinrichtung protestirt, indem sie der französischen Armee das Recht absprachen, einen päpstlichen Staatsangehörigen erschießen zu lassen. Wenn sie sich zum Schutz der Regierung in Rom befinden, so hätte sie nach den Landesgesetzen den Deliquenten nur zur Galeere, aber keineswegs zum Tode verurtheilen dürfen. (L.)

— Der Papst verfährt in Irland wie in Mainz. Er hat alle drei Candidaten, die kraft des Concordats von 1816 zum erledigten erzbischöflichen Stuhl von Armagh präsentiert waren, verworfen und sendet einen Erzbischof seiner Wahl, Mgr. Paul Cullen, einen Jöglung der Propaganda und Herausgeber einer religiösen Zeitschrift, in welcher das copernicanische System vom Standpunkte der Kirche bekämpft und Galilei der „unklugen Petulanz“ beschuldigt wird. Das heißt noch ehrliche Reaction!

— Die Bande des Passatore, welche schon so lange der Schrecken der Romagna ist, zählt etwa 300 Mann. Vor Kurzem war selbst Imola in ernsterlicher Besorgniß vor einem Ueberfalle und hielt seine Thore geschlossen. Die Stadt ist nicht gerade klein; doch hatte sie eine Besatzung von nicht mehr als 100 Mann, und außerdem befand sich in ihren Mauern ein Gefängnis, das über 200 Verbrecher der schlimmsten Art enthielt, auf deren Befreiung es, wie man fürchtete, abgesehen war. Um den Ort vor einem Ueberfalle zu sichern, ist daher eine Abtheilung von 182 österreichischen Tirailleurs hingeschickt worden. Die Regierung hat einen Preis von 1000 Scudi auf den Kopf des Passatore gesetzt, sonst aber wenig gethan, um dem Unfug entgegenzutreten. „Ich möchte Monsieur Bedini wohl fragen,“ schreibt ein Correspondent des „Nationale“, „wie man es anfangen soll, um die 1000 Scudi zu gewinnen und ihm den Kopf des Passatore zu überbringen, wenn er Niemanden erlauben will, Waffen irgend einer Art zu tragen!“

Zürkei.

Konstantinopel, 1. März. Ein Reisender aus Brussa erzählt, es seien daselbst Häuser bereit gemacht, um die Internierten für einige Zeit zu beherbergen. Nach der Ansicht Lord Palmerston's würde die Internirung nicht länger als 2 bis 3 Monate dauern, indem es sich blos um Erfüllung der Formalität handele. Die Pforte hat ihrerseits nach langem Unterhandeln dem Grafen Stürmer die Internirung auf ein Jahr versprochen. Die niedrigste Forderung des Grafen besteht jedoch in fünf Jahren, wann wird hier eine Ausgleichung zu Stande kommen?

Von der bosnischen Grenze, 25. Februar. Die zu Cazin zusammengerotteten Insurgenten sind ganz friedlich auseinander gegangen, alle Türken sind wieder in ihren Häusern angelangt und erwarten nun den Bescheid, welchen Westr Tahir-Pascha dem Rebellenhäuptling Ali Kedic auf seine Vorstellung geben wird. 1) Aufhebung der neuen Steuer-Einführung, 2) Nachlass des Zehnt und der neuen Porez. Geschieht dieses, so sind sie bereit, dem Westr gehorsam zu sein. Bis jetzt ist auf diese Bedingungen noch keine Antwort erfolgt, die Insurgenten sind zwar nach Hause abgegangen, doch versprachen sie bei der Trennung auf das feierliche, daß sie augenblicklich wieder beisammen sein werden, sobald der erste Signalschuß erfolgen sollte. Bihać wird stark verprobiert und mit großen Munitionsvorräthen versehen; auch heißt es, daß die Regierung gegen Österreich einen Kordon ziehen will, und daß hierzu aus Bosnien 6000 Mann ausgehoben werden sollen, die den Kordon ziehen müssten. (Lloyd.)

Bermischte Nachrichten.

Stettin, 11. März. Von Breslau ward das Steigen der Oder gemeldet, auch hier ist das Wasser seit gestern um 5 Zoll gewachsen. Der Wasserstand am Pegel ist heute Morgen 6 Fuß 6 Zoll.

— Der bisherige Regierungs-Präsident Wallach in Königslberg soll dem Bernheimen nach als Vicepräsident an die Regierung zu Stettin versetzt worden sein. (B. Z.)

— Bisher ist den Elementarlehrern im Stettiner Regierungsbezirk bei ihrer Anstellung die Verpflichtung auferlegt worden, einen bestimmten Theil des Schulgeldes zur Beschaffung der nötigen Lebensmittel abzuführen. Mit Rücksicht auf die Verluste, welche die Schullehrer in der neuern Zeit durch verzögerte Einzahlung des Schulgeldes erlitten haben, so wie namentlich mit Bezug auf die Aufhebung ihrer bisherigen Befreiung von der Klassensteuer, hat die königliche Regierung — wie uns mitgetheilt worden — die erwähnte Verpflichtung aufgehoben. Es ist durch diese Maßregel den Lehrern eine — wenn auch nur geringe — Entschädigung für die vielfachen Einbußen zu Theil geworden, welche ihnen die beiden letzten Jahre gebracht haben. (Pr. C.)

— Der General-Lieutenant v. Stockhausen, der neue Director des Kriegs-Departements, ist derselbe, der in verschiedenen militärisch-historischen Werken und namentlich auch in mehreren Biographien Napoleons auf eine ihn, wie den damaligen vom Siege gefronten mächtigen Kaiser gleich ehrende Weise genannt wird. Hr. v. Stockhausen wurde in der Schlacht bei Jena als 14jähriger preußischer Junker gesangen genommen und vor Napoleon geführt. Der Kaiser ward durch die sehr entschiedenen und treffenden Antworten des kleinen Preußen überrascht. Er gab ihm aus seinem eigenen Feldbecher einen Schluck Wein zur Erquickung und machte ihm den Auftrag, für seine Erziehung in einer französischen Militärschule Sorge tragen zu wollen. Der junge Stockhausen erklärte aber unumwunden, er sei ein Preuße und wollte auch ein Preuße bleiben. Nun fragte der Kaiser, wo seine Eltern wären, und als er erfuhr, daß der kleine Junker nur noch eine Mutter habe, die in Berlin wohne, so sagte er lächelnd: „Dahin will ich auch, ich werde Sie mitnehmen und Ihrer Mutter zurückgeben.“ Dieses ist auch geschehen. Der Kaiser behielt ihn im Hauptquartier, bis er dasselbe ins königliche Schloß zu Berlin gelegt hatte. Hier schickte er mit einem Adjutanten seinen Schützling zu der besorgten Mutter, der er ausdrücklich sagen ließ: sie hätte einen braven Sohn, der ganz gewiß noch General würde. Nun ist der kleine Junker General-Lieutenant und Kriegsminister. (Köln. Z.)

— Unter den in der Irren-Anstalt zu Erlangen im verflossenen Jahre aufgenommenen Kranken befinden sich neun Individuen, deren Krankheit durch Politik veranlaßt wurde. Darunter waren rassende Jakobiner, Freischärler, welche die Anstalt im Sturm nahmen, Standrecht zu verkündeten, und einer, der eine ganze Reichs-Gesetzgebung der originellsten Art mitbrachte.

Hierbei ein Provinzial-Anzeiger.

Pränumerations-
Preis für Nicht-
Abonnenten der
Zeitung pro Mo-
nat 1½ sgr.; frei
in's Haus:
2½ sgr.

Provinzial-Anzeiger.

Inserionspreis
Gpf. für die drei-
waltl. Zeitzeile
Erscheint täglich,
excl. der Sonn-
und Festtage, Vor-
mittags 11 Uhr.

Beilage zur Königlich privilegierten Stettinischen Zeitung.

No. 59.

Montag, den 11. März.

1850.

Ausgabestellen: bei dem Destillateur Radtke, Bollenstraße No. 695, bei Louis Sahlfeldt, Oberwiek.

Einpassirte Freunde.

Vom 8. März.

Hotel de Prusse. Gutsbesitzer Graf v. Schwerin aus Puštar, v. Vorcke aus Giesenbrügge, v. Gößen aus Reimannsfelde; Präsident v. Deniz aus Krummbekz; Rechtsanwalt Barth, Professor Schulz a. Arnswalde; Kaufleute Schöneck aus Frankfurt a. M.; Schmidt, Krause, Reiche, Meier, Künstler Friebe aus Berlin.

Hotel de Russie. Kaufmann Meier aus Cörlin; Lieutenant Harnisch aus Barnimscunow, Genee, v. Stettin aus Königsberg i. Pr. Drei Kronen. Lieutenant von Bagenski aus Königsberg; Gutsbesitzerin Pohleman aus Voigts-hagen; Kaufleute Lehmann, Schlieder aus Berlin, Schäfer aus Breslau, Hudson, Davers aus London, Schmidt aus Magdeburg, Müller aus Bremen.

Hotel du Nord. Reg.-Rath Windler aus Posen; Kaufleute Maruschki, Kleemann, Bernhardt, Waldau aus Berlin, Weichter aus Arnswalde.

Hartwigs Hotel. Kaufleute Kannberg, Kersten aus Berlin, Brock aus Posen, Kaufmann aus Straßburg; Dekonom Reichen aus Posen.

Hotel de Petersburg. Konf. Krause, Fraude, Kreisgerichts-Rath Ebert aus Swinemünde; Gutsbesitzer v. Jilde aus Posen; Kaufleute Bernicke a. Villau, Schulz aus Greifenberg, Siebert a. Berlin.

Fürst Blücher. Superintendent Schlüting aus Zingier; Administrator Ebert aus Rügen; Kaufm. Hiller aus Hannover.

Deutsches Haus. Fabrikant Hüttenein, Gutsbesitzer Höhr aus Berlin, Weillardöz aus Potsdam.

Stadtverordneten - Versammlung.

Am Dienstag den 12ten d. Ms. ist keine Sitzung.
Wegener.

Die Mitglieder des constitutionellen Vereins werden erfüllt, bei der heut Abend 7 Uhr stattfindenden Versammlung zahlreich zu erscheinen, da über die bevorstehenden Urwahlen zur ersten Kammer verhandelt werden soll.

Der Vorstand.

Officielle Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Nach Maßgabe des aufgenommenen Verzeichnisses der Urwähler zur ersten Kammer werden die Urwähler-Listen für Stettin, Grünhof und Kupfermühle städtischen Anteils festgesetzt.

Dieselben werden

am 11., 12. und 13. März d. J., Vormittags von 9 bis 1 Uhr und Nachmittags von 3 bis 6 Uhr im Saale des Rathauses zu Ledermanns Einsicht offen liegen.

Einwendungen gegen die Listen sind während dieser Zeit, also spätestens bis zum 13. März d. J., Abends 6 Uhr, unter Beifügung der Beweismittel, bei uns schriftlich anzubringen. Die Entscheidung über die aufgestellten Einwendungen erfolgt nach §. 4. des Reglements vom 28. v. M. durch eine dazu berufene, aus Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung gebildete Commission.

Reklamationen, welche nach dem oben angegebenen Präclusiv-Termine einge-hen, können nach Vorschrift des alle-

garten Reglements unter keinen Umständen berücksichtigt werden.

Stettin, den 8. März 1850.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Wahlen der Wahlmänner für die Erste Kammer werden am heutigen Dite in den nachstehend aufgeführten sechs Wahltheilungen statt finden.

Die weitere diesfallsige Bekanntmachung, namentlich der Wahlvorsteher und Wahllokale, wird vorbehalten.

Stettin, den 9ten März 1850.

Der Magistrat.

1ste Wahl - Abtheilung.

1 Wahlmänner.

Große Oderstraße	No. 1—22. 61—74.
Neue Markt	= 23. 24. 949—952.
Heumarkt	= 25—29. 38. 39. 45—48.
	135. 136.
Hagenstraße	= 30—37.
Küterstraße	= 40—44.
Langebrückstraße	= 75—85.
Beutlenstraße	= 86—98.
Haveling	= 110—115.
Schuhstraße	= 137 u. 138.
Frauenstraße	= 932—933.
Am Bullenthor	= 934—938. 1089—1091.
Hackstraße	= 939—941.
Reitschlägerstraße	= 49—60. 99. 100. 119—134.
Splitterstraße	= 101—105. 116—118.
Königstraße	= 106—109. 180—187.
Schulzenstraße	= 172—179. 336—343.
Mönchenbrückstraße	= 188—195. 206.
Johanniskloster	= 196—205. 207—216.
Am Heiligengeist-Thor	= 217—229.
Rödenberg	= 230—255. 331.
Magazinstraße	= 256—258.
Rosengarten	= 259—276.
Heiligegeiststraße	= 332—335.
Kleine Papenstraße	= 306—317.
Rödenberg	= 318—330.
Jacobi-Kirchhof	= 439—450.

2te Wahl - Abtheilung.

3 Wahlmänner.

Rosengarten	No. 277. 291—305.
Kuhstraße	= 278—290.
Kleiner Paradeplatz	= 489—495.
An der grünen Schanze	= 1184—1186.
Breitestraße	= 344—414.
Große Papenstraße	= 451—457.
Grapengießerstraße	= 415—428.
Kohlmarkt	= 429—433.
Mönchenstraße	= 434—438. 458—476. 596 bis 609.

3te Wahl - Abtheilung.

3 Wahlmänner.

Kohlmarkt	No. 154—156.
Grapengießerstraße	= 157—171.
Mönchenstraße	= 610—612.
Baustraße	= 477—485.
Wallstraße	= 486—487.
Paradeplatz	= 488. 500—546.
Kleiner Paradeplatz	= 496. 497.
Am Berliner-Thor	= 498. 499.
Große Wollweberstraße	= 547—595.
Kleine Wollweberstraße	= 724—729.
Schuhstraße	= 139—146. 855—865.
Oberhalb der Schuhstr.	= 147—153.
Fuhrstraße	= 839—854.
Kleine Ritterstraße	= 808—811.
Große Ritterstraße	= 812—815. 1178 1180.
Pelzerstraße	= 652—655.

Haus des Kaufmann Haase in der Neustadt.

4te Wahl - Abtheilung.

4 Wahlmänner.

Kohlmarkt	No. 613—622.
Oberhalb der Schuhstr.	= 623—628.
Fuhrstraße	= 629—651.
Pelzerstraße	= 656—664. 800—807.

Große Ritterstraße	No. 833—838.
Große Domstraße	= 665—679. 789—799.
Bollenstraße	= 680. 681. 785—788.
Kleine Domstraße	= 682—692. 765—776. 781 bis 784.
Marienplatz	= 777—780.
Rosmarktstraße	= 693—695. 762—764.
Rosmarkt	= 696—701. 711—723. 757 bis 761.
Aschgeberstraße	= 702—710.
Louisenstraße	= 730—756.
Königsplatz	= 816—828.
Am Königsthör	= 829—831.
Frauenstraße	= 866—883. 891—903.
Altstädtberg	= 884—890.
Nem Markt	= 948. 956—958.
Fischmarkt	= 959. 960. 963. 964. 1081 bis 1084.
Aschweberstraße	= 961. 962.

5te Wahl - Abtheilung.

3 Wahlmänner.

Frauenstraße	No. 904—931.
Hakenstraße	= 965—970.
Pflugstraße	= 980—983.
Mittwochstraße	= 1057. 1058. 1074—1080.
Hünerbeinstraße	= 944—947. 1085—1088.
Klosterhoff	= 1120—1164.
Baumstraße	= 984—1010. 1016—1024.
Packstraße	= 942—943.
Krautmarkt	= 971—979. 1026—1028. 1053—1056.
Löcknitzerstraße	= 1029. 1030. 1052.
Fischerstraße	= 1032—1044.
Kleine Oderstraße	= 1045—1051. 1069—1073.
Neue Tief	= 1059—1068.
Am Vollwerk	= 1092—1097.
Am Holzbowwerk	= 1098—1103. 1175—1176.
Zinnoferstraße	= 1104—1119.
Nagelstraße	= 1011—1015. 1031.
Peter Silienstraße	= 1025.
Am Frauenhöhr	= 1165—71.
An der grünen Linde	= 1172—1174.
Petri-Kirchenplatz	= 1182 a. 1183.

6te Wahl - Abtheilung.

4 Wahlmänner.

Schiffbau-Lastadie	No. 1—15. 20—61 a.
Bleichholm	= 16—19.
Speicherstraße	= 61 b.—81.
Große Lastadie	= 82—84. 165—198. 202 bis 269.
Zimmerplatz	= 85—88.
Pladrinstraße	= 89—111.
Am Parnithor	= 270—276.
Am Pladrin	= 112—131.
Kirchenstraße	= 132—148.
Wallstraße	= 149—164.
Silber-Wiese	= 199—201.
Zachariasgang	= 1—101. 134. 137. 144.
Oberwiek	= 102—133. 135. 136. 138 bis 143.
Neu-Wiek	= 1—4.
Fürstenstraße	= 1—54 b.
Unterwiek	= 1—32.
Fortpreussen	= 55—63.
Bei der Kupfermühle	= 1—37.
Grünhoff	= 1—2.
Friedrichshoff	= 1—4.
Charlottenthal	= 1—32.
Piepenwerder	= 1—31.
Kirchhof der jüdischen Gemeinde	= 1—31.
Alt-Tornewy	= 1—41.
Neu-Tornewy	= 1—41.

Bekanntmachung.

Der für Stettin und dessen Polizeibezirk zu bildende Gewerberath wird, nach der Anordnung des Königl. Ministerii für Gewerbe, Handel und öffentliche Arbeiten, aus 27 Mitgliedern bestehen.

Nach §. 3 der Verordnung vom 9ten Februar 1849 sind diese Mitglieder zu gleichen Theilen aus dem Handelsstande, dem Handwerkerstande und dem Fabrikantenstande zu wählen.

Nach §. 5 a. a. D. sollen in der Handwerker- und Fabrik-Abtheilung die Arbeitgeber (Meister und Fabrik-

